

(Abgeordneter Mühs.)

(A) aller Materialien und Gegenstände des täglichen Bedarfs. Wir meinen, wenn man diese Tatsache anerkennt, daß der Krieg selbst die Notlage herbeigeführt hat, dann ist es ganz selbstverständlich, daß auch der Staat die Verpflichtung hat, für diese notleidend gewordenen Existenzen zu sorgen. Es wäre für uns ein direkt unmöglicher Gedanke, wenn wir sagen müßten, daß der Krieg auf der einen Seite hohen Wohlstand angehäuft, während er auf der anderen Seite weite Volkskreise um die Früchte ihrer jahrelangen harten Arbeit gebracht hat. Gerade beim Mittelstande ist diese Tatsache vorhanden. Der Mittelstand hat sich aus kleinen Anfängen emporgearbeitet. Der Besitz, den der Mittelstand hat, ist das Produkt intensiver Arbeit, das Produkt von Fleiß und Schaffensfreudigkeit.

(Sehr richtig! rechts.)

Und diese beide Eigenschaften sind es gerade, die wir pflegen müssen, die wir in der heutigen Zeit mehr denn je brauchen.

(Zustimmung rechts.)

(B) Ich will nur nebenbei erwähnen, daß der Mittelstand einen außerordentlich hohen Prozentsatz aller Kriegsteilnehmer gestellt hat, und daraus ergibt sich ja auch das, was Herr Kollege Castan angeführt hat. Diese Existenzen, diese Männer, die aus ihrem Berufe herausgerissen worden sind, sind dadurch schwer geschädigt, während die zu Hause Gebliebenen sich weiterhelfen und ihre Existenz weiter ausbauen konnten. Also diesen Kriegsteilnehmern gegenüber muß besondere Rücksicht genommen werden. Das hat auch der Herr Regierungsvertreter zugesagt, was ich hiermit begrüßen möchte.

In zahlreichen Fällen ist es allerdings auch der opfervollen Tätigkeit der Frauen gelungen, den Betrieb einigermaßen aufrechtzuerhalten. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß wir den Mittelstand unter allen Umständen brauchen. Wir brauchen ihn aus verschiedenen Gründen. Gerade die Kriegsjahre haben es uns gezeigt, wie notwendig wir das Handwerk brauchen.

(Sehr richtig! rechts.)

Selbst die allernotwendigsten Reparaturen mußten vielfach unterbleiben, weil es an Handwerkern fehlte. Sie waren für die Kriegsindustrie beschäftigt oder überhaupt nicht da, wie ja bis vor kurzem aus den Anschlägen an verschiedenen Schaufenstern hervorging.

Aus finanziellen Gründen brauchen wir den Mittelstand. Wenn wir uns vergegenwärtigen, welchen hohen Prozentsatz aller Steuerzahler der Mittelstand ausmacht

— wir brauchen uns nur die Staatshaushaltpläne aus den letzten Friedensjahren anzusehen —, dann wird uns klarwerden, wieviel Steuerzahler aus dem Mittelstande stammen. Gerade eine Vermehrung der Steuerzahler muß heute mehr denn je unser erstes Bestreben sein, und die Zahl der Steuerzahler können wir nur dadurch vermehren, daß wir wieder Existenzen schaffen. Wir sind also der Meinung, daß die Mittel, die der Staat für Zwecke des Wiederaufbaues selbständiger Existenzen hergeben würde, letzten Endes immer wieder dem Staate selbst, der Allgemeinheit, zugute kommen würden. Wir verlangen nicht das, was Herr Kollege Castan meinte, daß wir etwa eine bestimmte Bevölkerungsschicht vor den anderen Bevölkerungsschichten bevorzugt haben wollten. Wir wollen lediglich den Schaden wieder gutmachen, den der Krieg, den der Staat an den einzelnen ange richtet hat.

Nun kann man allerdings über die Wege, die gegangen werden können, verschiedener Meinung sein. Der erste Weg, der beschritten werden könnte, ist natürlich der der geldlichen Unterstützung; und hier möchte ich besonders hervorheben, daß es meine politischen Freunde gewesen sind, die im November 1915 den Antrag eingebracht haben, der sich dann auch zum Beschluß verdichtet hat, einen Genossenschaftsfonds, also einen Darlehensfonds zu gründen, aus dem Darlehen an die notleidenden, die durch den Krieg geschädigten Handwerker gewährt werden können. Ich glaube, diese Tatsache, daß ein solcher Darlehensfonds besteht, ist in weitem Volkskreisen noch viel zu wenig bekannt. Sonst würde sicher schon mehr Gebrauch davon gemacht werden. Aber wir meinen, in den Fällen, wo dieser Weg von den Handwerkern und kleingewerblichen Ständen beschritten wird, muß auch die größte Weitherzigkeit herrschen. Es darf nicht etwa vorkommen, daß durch Bureaufatismus oder Schwerfälligkeit der Gemeinden dem Willen des Gesetzgebers entgegen gearbeitet wird. Hier möchte ich anregen, daß doch der Staat das $\frac{1}{3}$ der Bürgschaft auf $\frac{1}{2}$ erhöhen möchte.

(Sehr richtig! rechts.)

Das wäre außerordentlich zu wünschen und würde die Kreditgewährung wesentlich erleichtern. Das ist in den heutigen Zeitläuften doch die Hauptsache.

In vielen Fällen muß natürlich auch mehr persönliches Vertrauen vorherrschen. Es darf nicht engherzig daran festgehalten werden, daß auch jeder Pfennig, den man als Darlehen hingibt, gesichert ist. Es muß in vielen Fällen Sache des persönlichen Vertrauens werden. Wir sind uns nun aber darüber klar, daß dieser Weg allein nicht genügen wird. Denn selbst, wenn ein Handwerker